

Antrag G01: Abschaffung von Bezahlkarten und Förderung der Integration von Geflüchteten durch finanzielle Autonomie und faire Arbeitsbedingungen

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand
Status:	angenommen
Sachgebiet:	G - Gesellschaft-, Gender- & Migrationspolitik

- 1 **Weiterleitung an:** Bundeskongress der Jusos, Bezirksparteitag SPD Hessen-Süd dem
2 Bundesparteitag der SPD
- 3 **1. Abschaffung der Bezahlkarten im Rahmen des Asylbewerberleistungsgesetzes und**
4 **Zugang zu regulären Bankkonten für Geflüchtete:** Die Praxis der Ausgabe von
5 Bezahlkarten an Geflüchtete im Rahmen des Asylbewerberleistungsgesetzes wird von
6 uns entschieden abgelehnt. Wir fordern die umgehende Abschaffung dieser Praxis
7 und die Ermöglichung des Zugangs zu regulären Bankkonten für Geflüchtete, um
8 ihnen ein Höchstmaß an finanzieller Autonomie und die Teilhabe am sozialen Leben
9 zu gewährleisten.
- 10 **2. Ablehnung der Praxis unbezahlter oder unterbezahlter Arbeit und Förderung fair**
11 **entlohnter Arbeitsmöglichkeiten:** Weiterhin lehnen wir die Praxis ab, Geflüchtete
12 zu unbezahlter oder unterbezahlter Arbeit zu verpflichten. Diese Praxis
13 untergräbt die Würde der betroffenen Personen und verstärkt ihre soziale und
14 ökonomische Ausgrenzung. Stattdessen fordern wir die Schaffung fair entlohnter
15 Arbeitsmöglichkeiten für Geflüchtete, die eine echte Chance auf Integration und
16 Teilhabe bieten.
- 17 **3. Einführung fairer Arbeitsmöglichkeiten zur Integration:** Statt einer
18 Arbeitspflicht fordern wir die Schaffung fairer Arbeitsmöglichkeiten für
19 Geflüchtete, die eine echte Perspektive bieten und den Arbeits- und
20 Fachkräftemangel unter fairen Bedingungen effektiv entgegenwirken.

Begründung

Zu 1: Der Zugang zu finanziellen Ressourcen und die Möglichkeit, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, sind grundlegende Voraussetzungen für die Integration und das Wohlbefinden von Geflüchteten. Die Verwendung von Bezahlkarten schränkt diese Möglichkeiten unnötig ein und steht im Widerspruch zu den Prinzipien der finanziellen Autonomie und der sozialen Inklusion.

Zu 2: Die Würde und die Rechte von Geflüchteten müssen geschützt und gefördert werden. Die Verpflichtung zu unbezahlter oder unterbezahlter Arbeit verstößt gegen diese Grundsätze und fördert die Ausgrenzung statt der Integration. Fair entlohnte Arbeit hingegen bietet nicht nur finanzielle Sicherheit, sondern auch soziale Anerkennung und fördert die gesellschaftliche Teilhabe.

Zu 3: Die Schaffung fairer Arbeitsmöglichkeiten ist ein wesentlicher Schritt zur Integration von Geflüchteten in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt. Sie bietet nicht nur eine Perspektive für die betroffenen Personen, sondern trägt auch zur Deckung des Arbeits- und Fachkräftemangels bei, zum Vorteil der gesamten Gesellschaft.

Mit diesem Antrag setzen wir uns für die Verbesserung der Lebensbedingungen von Geflüchteten ein und fordern Maßnahmen, die ihre finanzielle Autonomie, Würde und Integration in die Gesellschaft fördern.